

29. November 2015

CHF 4.40 | EUR 4.20
www.sonntagszeitung.ch

Nr. 48 | 27. Jahrgang | AZA 8021 Zürich
Redaktion: 044 248 40 40 Aboservice: 044 404 64 40
Gratisnummer Wochenende von 8 Uhr bis 11 Uhr: 0800 808 014



Heidi-Film

Ist er so gut wie
der Schellen-Ursli?

Kultur — 61

Jahreshoroskop 2016

Was die Sterne über Geld,
Beruf und Liebe verraten

Weihnachts-Beilage — 88/89

7° **Mittelland** Stark bewölkt, am Morgen
Schneefall bis in die Niederungen.

0° **Berge** Starker bis stürmischer Westwind,
Schneefallgrenze tagsüber bei etwa 1000 Metern.

9° **Tessin** Trotz Wolkenfeldern recht sonnig.
Längs der Alpen stärker bewölkt und Niederschläge.



Bundesrat plant Kurswechsel in der Europa-Frage

SVP und Wirtschaft zwingen die Regierung zur Einführung von Schutzklauseln. EU-Rahmenvertrag wird auf Eis gelegt

Denis von Burg und
Arthur Rutishauser

Bern Bis jetzt war klar: Die Einwanderungsinitiative der SVP wird nur in Übereinstimmung mit der EU umgesetzt. Doch jetzt plant der Bundesrat einen radikalen Strategiewechsel: Auch die einseitige Einführung von Einwanderungsbeschränkungen ist eine «ernsthafte Option». Dies bestätigen mehrere voneinander unabhängige Quellen. Der Entscheid soll schon nächsten Freitag, wenn das Thema im Bundesrat traktandiert ist, oder spätestens bis Ende Jahr fallen.

Vorher wird der Entschluss in einem Konsultationsverfahren vorbereitet. Nächste Woche hat die zuständige Justizministerin Simonetta Sommaruga verschiedene Unternehmerpersönlichkeiten sowie Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen zu Gesprächen eingeladen. Auch ein letztes Telefonat mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ist vorgesehen. Darin soll ausgelotet werden, ob es nicht doch noch eine Verhandlungslösung gäbe und wie die EU auf ein unilaterales Vorgehen der Schweiz reagieren würde.

Im Vordergrund für eine autonome Umsetzung steht eine Schutzklausel, die im Bundeshaus als «relativ flexibel» beschrieben wird. Dahinter steckt ein Deal zwischen den Wirtschaftsverbänden und der SVP, der den Bundesrat zum Handeln zwingt: Christoph Blocher besteht nicht mehr auf Einwanderungskontingenten und akzeptiert eine Schutzklausel. Die Wirtschaft ihrerseits besteht nicht mehr auf einer einvernehmlichen Lösung mit der EU. Swissmem-Chef und Economiesuisse-Vizepräsident Hans Hess sagt: «Vorerst ist es der Schweiz ja unbenommen, die Initiative einseitig umzusetzen. Je nachdem wird sich die EU sehr gut überlegen, ob sie deswegen die Bilateralen kündigen will.»

Auch im Bundesrat sei man zur Überzeugung gelangt, so heisst es, dass Brüssel auf die einseitige Einführung einer Schutzklausel nicht zwangsläufig mit der Kündigung der Bilateralen reagieren werde. Eine Weiterentwicklung des Vertragswerks mit einem Stromabkommen und einem Rahmenvertrag zur Streitbeilegung hat man im Moment abgeschrieben.

Schweiz — 6



Lehrplan 21: Von allen Seiten als nicht kindgerecht eingestuft

Foto: Visum

Bern Bisher kam der Widerstand nur von rechts, jetzt wird der Lehrplan 21 auch von links unter Beschuss genommen. Neben der SVP gibt es neu eine Opposition von einer Gruppierung aus SP-Politikern, linksliberalen Lehrern und Pro-

fessoren, die eine 30-seitige Streitschrift lanciert haben. Sie fordern, die radikale Schulreform dürfe nicht ohne demokratische Debatte durchgepackt werden.

Prominente Vertreter sind die Basler Ständerätin Anita Fetz, der

Bieler Lehrer und GLP-Politiker Alain Pichard, die Erziehungswissenschaftler Walter Herzog und Roland Reichenbach, der Kinderarzt Remo Largo und der Publizist Beat Kappeler.

Schweiz — 2/3

Glosse

P. S. Noch ist nicht aller Tage Abendland

Wer von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, hat, sagen wir mal, zum Beispiel in der letzten Woche keinen Alkohol getrunken, keine Schweinswürste gegessen, kein Nikotin inhaliert und auch keinen Sugar konsumiert? Die Betreffenden bitte mal kurz aufstrecken! Jawoll, ich sehe da doch den einen oder anderen Finger in der Luft fuchteln. Von wegen vorgezogenen Ramadans (!!!) wegen der kommenden Festtagsgelage oder überhaupt wegen der Gesundheit oder was Sie sonst für fadenscheinige Ausreden haben mögen.

Aber jetzt will ich Ihnen mal was sagen: Ja, sind Sie denn vom Affen gebissen?! Mit dem Klammerbeutel gepudert? Vom Elch gestreift? Ganz genau das wollen diese Leute doch nur. Dass wir aufhören mit unserer westlichen Lebensart. Mit Frohsinn, Freiheit, Rausch, Exzess und Toleranz. Mit exakt dem, was unsere Kultur ausmacht und im Innersten zusammenhält. Wenn wir aber das tun, dann haben sie schon gewonnen. Doch diesen Leuten, denen all das nicht passt, was uns heilig ist und die uns deshalb einschüchtern wollen, wo immer sie die Gelegenheit dazu finden, diesen Leuten müssen und wollen wir mal klipp und klar, schweizerdeutsch und deutlich sagen: Mir läbet öise weschtlichli Choleschterinwert. IS hin oder WHO her.

Peter Schneider

Arbeitslosigkeit: Schweiz überholt Deutschland

Zürich Die Schweiz weist erstmals eine höhere Arbeitslosigkeit auf als Deutschland. Das gab es noch nie, seit die Daten gemäss Definition des Internationalen Arbeitsamts (ILO) international vergleichbar sind. Im dritten Quartal stieg die Arbeitslosenquote gemäss ILO in der Schweiz auf 4,9 Prozent, in Deutschland sank sie auf 4,5 Prozent. Die Schweiz leidet unter der anhaltenden Frankenstärke. Wenn die Europäische Zentralbank am Donnerstag wie allgemein erwartet eine weitere Lockerung ihrer expansiven Geldpolitik beschliessen wird, könnte die Nationalbank zu starken Devisenmarktinterventionen und einer Verschärfung der Negativzinsen gezwungen sein.

Wirtschaft — 43

Doppelt so viele Wegweisungen von Ausländern

Bern Im vergangenen Jahr wären mit der Durchsetzunginitiative doppelt so viele Ausländer mit Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung aus der Schweiz wegweisen worden als bei der Lösung, die das Parlament verabschiedet hat: 2195 statt 1088. Das zeigen neuste Zahlen des Bundesamts für Statistik. Gesamthaft wären bei der Umsetzung gemäss Parlament im letzten Jahr 3863 verurteilte ausländische Personen weggewiesen worden, bei der Durchsetzunginitiative 10210 Personen. Diese Gesamtzahlen beinhalten jedoch auch Wegweisungen, die bereits mit dem bestehenden Ausländergesetz durchgeführt werden können. Über die Durchsetzunginitiative wird am 28. Februar 2016 abgestimmt.

Schweiz — 9

Al-Qaida-Führer hohliert in Syrien IZRS-Mitglied

Biel Naim Cherni, 24, Vorstandsmitglied des Islamischen Zentralrates der Schweiz (IZRS), traf im Oktober den Al-Qaida-Ideologen Abdallah al-Muhaysini. Das Treffen fand bei einem Syrienbesuch einer IZRS-Delegation statt. Unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe reisten mehrere Schweizer Muslime nach Idlib und Aleppo und verteilten Lebensmittel. Im Anschluss fuhr Cherni weiter an die Front, wo er vom Top-Jihadisten persönlich empfangen wurde. Ein bisher unveröffentlichtes Video zeigt, wie sich die beiden über die Scharia unterhalten: «Wir sind gekommen, um die Fahne Allahs zu hissen. Und wir werden die Scharia durchsetzen, nicht Demokratie oder Säkularismus.»

Schweiz — 5

Wirtepatent: Beizer wieder zur Prüfung!

Zürich Die obligatorische Wirteprüfung steht in mehreren Kantonen wieder hoch im Kurs. Von Appenzell AR über Uri und von Graubünden über St. Gallen, Schwyz, Zug und Zürich wird die Wiedereinführung angestrebt. «Die Schwelle für den Einstieg in die Branche ist sehr tief», sagt Casimir Platzer, Präsident von Gastro Suisse. «Jeder denkt, er kann einen gastgewerblichen Betrieb führen.» Darunter würden Konsumententhemen wie Hygiene und Arbeitsschutz leiden. Die Branche selbst ist gespalten. «Der freie Markt funktioniert bestens», sagt der Zürcher Gastronom Michel Péclard. Ob jemand gut wirtet, hänge nicht von einer Prüfung ab. Obligationen würden Innovationen behindern.

Wirtschaft — 37



Wirtschaft

«In der EU werden ständig Verträge verletzt ohne Konsequenzen»

Roland Berger, Unternehmensberater

Das Interview — 42/43

Hohe Banker-Löhne

Jetzt auch Kritik aus den eigenen Reihen

Vincenz, Grübel, Kurer & Co. — 39

SMI 9003 -0,1% SPI 9231 -0,1% STOXX 50 3489 1,1% DAX 11294 1,6% Dow Jones 17799 -0,1% EUR/CHF 1.09 0,6% USD/CHF 1.03 1,2% Eidgenosse 10 J. -0,31 -3,3% Brentöl 45 USD 1,6% GoldFr./kg 35024 0,5% (im Wochenvergleich)



Findet die Wiedereinführung einer obligatorischen Wirteprüfung eine «Schnapsidee»: Der Zürcher Gastronom Michel Péclard

Foto: Michele Limina

Büffeln für die eigene Beiz

Wirte sollen wieder ein Patent machen müssen – doch es gibt Widerstand gegen die teuren Kurse

Cornelia Krause

Zürich Vergilbte Tischdecken, an der Wand ein verstaubtes Hirschgeweih, der ewig gleiche Wurstsalat – und bei Handwechsellern übernahm so mancher Wirt gleich noch die Speisekarte des Vorgängers. Mit Grauen erinnert man sich an die Zeiten vor der Liberalisierung des Gastromarktes. Die Anzahl der Restaurants und Beizen war mittels Bedürfnisklausel an die Bevölkerungsdichte gekoppelt, ein zeit- und kostenintensives Wirtepatent sorgte dafür, Quereinsteiger zu verhindern. Die gastronomische Planwirtschaft endete in den 90er-Jahren, die Bedürfnisklausel wurde abgeschafft.

In knapp der Hälfte der Kantone gibt es das Wirtepatent nur noch auf freiwilliger Basis. Die Frage ist, wie lange noch. Denn die obligatorische Wirteprüfung steht wieder hoch im Kurs. Von Appenzell AR über

Uri, von Graubünden über St. Gallen, Schwyz, Zug und Zürich wird die Wiedereinführung angestrebt. Oder es sollen bestehende Regelungen verschärft werden.

Federführend sind die Kantonalverbände von Gastro Suisse, denn zuständig sind die einzelnen Kantone. «Die Schwelle für den Einstieg in die Branche ist sehr tief», sagt Casimir Platzer, Präsident von Gastro Suisse. «Jeder denkt, er kann einen gastgewerblichen Betrieb führen. Dabei geht es in unserem Gewerbe um für Konsumenten und Mitarbeiter wichtige Themen wie Hygiene, Gesundheit, Arbeitssicherheit und Jugendschutz.»

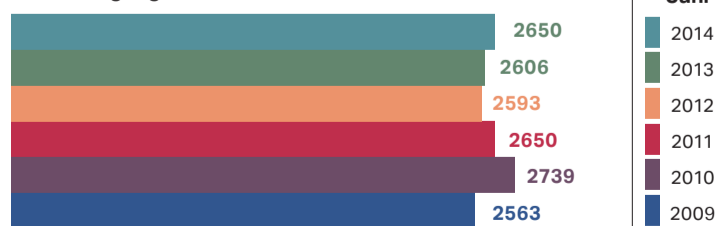
Wirte sollen über gewisse Qualifikationen verfügen

Die Einführung eines mehrmonatigen, horrend teuren Kurses, wie es ihn früher in einigen Kantonen gab, sieht Platzer zwar nicht kom-

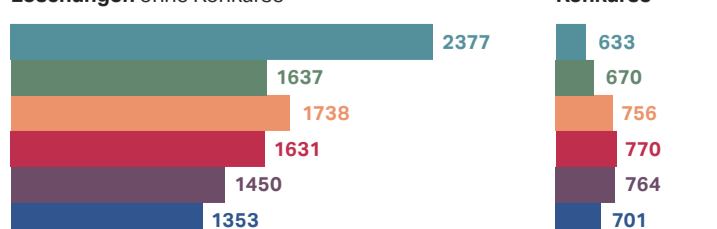
Restauranteröffnungen und -schliessungen

Handwechsel sind in der Gastrobranche an der Tagesordnung. Im Jahr 2014 gingen 633 Beizen Konkurs. Weitere 2377 Wirte mussten aufgeben, 2650 Gastronomen starteten neu.

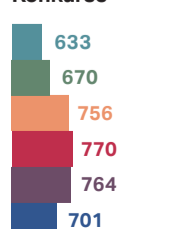
Neueintragungen



Löschungen ohne Konkurse



Konkurse



SoZ Candriani; Quelle: Creditreform St. Gallen

men. Er macht sich aber für den Nachweis von Mindestqualifikationen stark. Allein schon die Gesetzeslage, sei eine Herausforderung, man denke an das neue Lebensmittelgesetz und dessen Verordnungen, sagt der Verbandspräsident. Nach Erhebungen von Gastro Suisse werden knapp 20 Prozent der Betriebe ohne Fähigkeitszeugnis geführt.

Kurs bei Gastro Zürich kostet bis zu 8000 Franken

Der Zürcher Gastronom Michel Péclard sieht darin jedoch ein Problem: «Die Wiedereinführung einer obligatorischen Wirteprüfung ist eine Schnapsidee», sagt er – obwohl Péclard selbst die Hotelfachschule Luzern absolviert und damit einen Fähigkeitsausweis innehat. In Solothurn haben die jahrelangen Bemühungen des Verbandes gefruchtet: Das Wirtepatent ist praktisch zurück – und zwar mit

hohen Anforderungen. Wer ab 1. Januar 2016 einen Gastrobetrieb eröffnen will und nicht über eine Fachausbildung oder langjährige Erfahrung verfügt, muss die Schulbank drücken: In einem über 40-tägigen Lehrgang von Gastro Suisse (Grundseminar 1) geht es um Themen wie Lebensmittelhygiene, Arbeitsrecht, Rechnungswesen, Gastgewerberecht, Betriebsführung, Küche und Verkauf. Da die Kurse in Solothurn nicht angeboten werden, müssen die Teilnehmer auf andere Kantone ausweichen. In Zürich, wo das Wirtepatent nicht obligatorisch ist, kostet die Ausbildung bis zu 8000 Franken. Die Wiedereinführung ist Teil eines neuen Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes und war aus Sicht des Solothurner Amtes für Wirtschaft und Arbeit «die richtige Entscheidung». Amtsleiter Jonas Motschi zählt

Fortsetzung — 38

Schlechte Nachrichten für die BSI

Verhaftung von Bankier André Esteves wirft auch in der Schweiz hohe Wellen

São Paulo/Lugano Die Verhaftung von André Esteves in Zusammenhang mit einem Bestechungsfall schlug in Brasilien wie eine Bombe ein. Nun hat der Skandal auch Auswirkungen in der Schweiz, konkret auf die Tessiner Bank BSI, die Esteves erst im Herbst definitiv übernehmen konnte. Die Ratingagentur Moody's und Schweizer Finanzmarktaufsicht (Finma) haben die BSI unter Beobachtung gestellt.

Esteves ist in der Schweiz kein Unbekannter. Er verkaufte vor 2006 seine Bank BTG Pactual für 3,1 Milliarden Franken an die UBS, machte dort Karriere und kaufte Pactual während der Finanzkrise 2009 wieder zurück, für 2,5 Milliarden Franken. Letztes Jahr wurde bekannt, dass Esteves zusammen mit Huw Jenkins, seinem ehemaligen Chef bei der UBS, die BSI übernehmen wollte. Die Bewilligung durch die Finma zog sich über ein Jahr hin. Letzten Sommer warnte Moody's, BTG Pactual überdehnte mit ihren Zukäufen das Eigenkapital (EK), das Verhältnis zwischen EK und risikobehafteten Aktiven belaufte sich gerade mal noch auf 9,6 Prozent. Dann kam es zu einer Senkung des Ratings.

Vor ein paar Wochen bewilligte die Finma die Übernahme trotzdem, allerdings begleitet sie die Bank weiter sehr eng, erst recht seit der Verhaftung von Esteves. Finma Sprecher Tobias Lux: «Wir stehen mit der BSI aufgrund der erfolgten Übernahme wie auch der aktuellen Situation in Brasilien in engem Kontakt.» Am Freitag setzte Moody's sowohl BSI wie auch erneut BTG Pactual auf die Liste der Firmen, die mit einer Senkung des Ratings zu rechnen haben. Aufgeführt werden die angespannten Kapitalverhältnisse bei der Muttergesellschaft wie auch die Reputationsrisiken. Die knapper werdenden Ressourcen haben dazu geführt, dass die BSI ihre Übernahmegespräche mit der Bank Veneto, die weit gediehen waren, aufs Eis gelegt hat.

Esteves und seine BSI sind in Brasilien in einen Skandal verwickelt, der das hiesige Vorstellungsvermögen übersteigt. So soll der ehemalige Fussballstar Romario, der inzwischen als Senator im Kongress sitzt, ein Konto von 2,1 Millionen Franken bei der BSI in der Schweiz besitzen. Noch im Sommer musste sich die Wochenzeitung «Veja» sich für einen entsprechenden Bericht entschuldigen. Doch nun liegen offenbar Tonbandaufnahmen vor, aus denen hervorgeht, wie sich Kongressabgeordnete über Romario unterhalten. Beim Gespräch geht es um einen Deal mit Romario, der dazu führen sollte, dass sich Romario nicht für den Bürgermeisterposten in Rio de Janeiro bewirbt. Dafür soll Romario geschmiert worden sein, was er allerdings bestreitet. Esteves soll geholfen haben, Unterlagen zum Verschwinden zu bringen. Was davon stimmt, wird sich weisen. Für den Moment bedeuten die Aufnahmen eine Rufschädigung für Esteves und damit auch für seine Schweizer Bank BSI.

Arthur Rutishauser



Verhaftet: Bankier André Esteves
Foto Redux/falif

KPT-Versicherte müssen mitzahlen: Junior Suite im Privatspital Genolier
Foto: Keystone



Auf Kosten der Patienten

Die Privatklinikgruppe Genolier und die Krankenkasse KPT streiten sich

Victor Weber

Zürich Schlag auf Schlag gehts im Konflikt zwischen dem Krankenkassenversicherer KPT und der Privatklinikgruppe Genolier. Der Streit dreht sich um Zusatzversicherte Patienten, die glaubten, behandelnden Arzt und Spital frei wählen zu können. Anfang Jahr hat die KPT ihre Wahlmöglichkeiten eingeschränkt: Für Behandlungen in einem Dutzend Privatkliniken, mit denen der Versicherer keinen Vertrag abgeschlossen hat, übernimmt er nur noch Kosten für Leistungen aus der Grundversicherung.

Am stärksten davon betroffen ist die Genolier-Gruppe mit sechs ihrer Kliniken, von der Schmerzklinik Basel über die Villa im Park in Rothrist AG bis zur Klinik Obach in Solothurn. Für angeblich 300 Patienten, die zwischen Stuhl und Bank geraten sind, ist Genolier in Vorleistung gegangen: Obgleich die KPT keine Kostengutsprache leistet, werden sie vom Belegarzt ihrer Wahl behandelt: halb-beziehungsweise privat. Genolier will aber der KPT keine Geschenke machen. Deshalb hat die Spitalgruppe der Versicherungsgesellschaft

im Oktober zwei Betreibungen von total 600 000 Franken zukommen lassen. Da die KPT die Forderungen für ungerechtfertigt hält, hat sie Rechtsvorschlüsse erhoben. Die Streitsumme beläuft sich laut Genolier auf über drei Millionen Franken.

Am 23. November ist die KPT zum Gegenangriff übergegangen und hat beim Regionalgericht Bern-Mittelland erwirkt, dass Genolier ein Maulkorb verpasst wird. So ist es Genolier zum Beispiel verboten, die Behauptung zu wiederholen, wonach es die KPT unberechtigterweise ablehne, «ihren Versicherungsnehmern die Kosten für die stationäre Behandlung in der privaten und halbprivaten Abteilung» von Genolier-Kliniken zu erstatten. In der Causa geht es um insgesamt zehn superprovisorische Massnahmen.

KPT wirbt mit freier Spitalwahl ohne Mehrkosten

Ein Blick auf die Website zeigt, dass die KPT nicht alles unternimmt, damit auf Patientenseite keine Missverständnisse aufkommen. Zuerst wird die Spitalkostenversicherung umrissen mit den

Worten «für eine freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz – ohne Mehrkosten». Dann heisst es unter der Rubrik «Bestens versichert im Spital»: «Dank der Spitalkostenversicherung haben Sie die freie Spitalwahl in der ganzen Schweiz, ohne dabei Zusatzkosten befürchten zu müssen.» Erst danach sind «Spitäler ohne gültige Tarifverträge» aufgelistet.

In einer Beschwerdeschrift an die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) brandmarkt Genolier dies als «lügenhafte Werbung», die von der Absicht zeugt, die Versicherten zu täuschen.

Für Felix Schneuwly, Gesundheitsökonom beim Vergleichsdienst Comparis, ist relevant «was» in der Police und weniger «wo» etwas steht. Die Grundversicherung garantiere zwar die landesweite freie Spitalwahl in der allgemeinen Abteilung, aber nur in einem «Listenspital» (Kanton übernimmt mindestens 55 Prozent der Behandlungskosten). Wenn die ausserkantonale Behandlung teurer ist, muss der Patient den Aufpreis selber berappen oder die entsprechende Zusatzversicherung bezahlt die Differenz. Versicherte,

die davon ausgehen, dass ihre Zusatzversicherung Spital halbprivat oder Spital privat grosszügiger ist als die Grundversicherung, sollten die Police genau lesen.

Und auch auf Kosten der Steuerzahler?

Genolier ist auch an das Waadtländer Kantonsgericht gelangt. Dabei geht es unter anderem um den Vorwurf, die KPT wälze mit ihrer Steuerung der Klinikaufenthalte in Listenspitälern Kosten auf die Steuerzahler ab. Kliniken, die in keine Spitalliste aufgenommen werden, müssen mit den Versicherten einen Tarifvertrag abschliessen. Mit der Begründung, Genolier sei zu teuer, weigert sich die KPT mit all ihren Kliniken vertragseinig zu werden.

In der «Handelszeitung» sagte KPT-Chef Reto Egloff: «Genolier spricht von über 300 Patienten, die nicht mehr nach Wunsch bei der Privatklinik behandelt werden konnten – das können wir nicht nachvollziehen. Bei uns sind kaum Reklamationen eingegangen.» Mit Verweis auf die hängigen Verfahren wollte er sich auf Anfrage nicht weiter zum Konflikt äussern.

Fortsetzung Büffeln für die eigene Beiz

Misstände auf wie nicht eingehaltene Brandvorschriften, Verstösse gegen das Lebensmittel- oder Sozialversicherungsrecht und mangelnde betriebswirtschaftliche Kenntnisse, die zu einer hohen Fluktuation führten. «Ein beachtlicher Anteil der Wirte ist nicht in der Lage, eine korrekte Preisberechnung zu machen», sagt Motschi. «Aus marktwirtschaftlicher Sicht dürfte man eigentlich gar nichts regulieren», räumt er ein. «Aber es geht nun mal um die Zubereitung und Abgabe von Lebensmitteln.»

In St. Gallen liegt dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zum Wir-

tepatent vor, der Entscheid soll im kommenden Frühjahr fallen. Ein Nachweis über Kenntnisse in Lebensmittelhygiene und Suchtprävention soll nicht mehr reichen, um eine Beiz zu eröffnen. Auch Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit, Rechnungswesen und Mehrwertsteuerrecht sollen geprüft werden. SVP-Kantonsrat und Gastronom Linus Thalman ist Mitglied der Politikkommission von Gastro St. Gallen und hat den Stein ins Rollen gebracht. Er will gegen das schlechte Image der Branche kämpfen. Seine Argumentation: Gastrobetriebe erhielten infolge der hohen Konkursrate nur noch unter strengsten Auflagen Bankkredite, Lieferanten beständen auf Vorkasse. «So mancher ist schon dreimal in Konkurs gegangen und hat gegen Arbeitsgesetze verstossen. Ei-

ner solchen Person darf man kein Patent mehr geben.»

Tatsächlich ist die Fluktuation im Gastgewerbe hoch. Von den Betrieben, in denen sich die Wirte einen Unternehmerlohn ausbezahlen, schreibt über die Hälfte rote Zahlen. Gastronom Péclard stört sich an den häufigen Wechseln nicht. «Der freie Markt funktioniert bestens.» Ob jemand gut wirte, hänge nicht von einer Prüfung ab. Wer in Konkurs gehe, sei selber schuld. Péclard betreibt in Zürich neun Restaurants, ein zehntes eröffnet dieser Tage in Arosa GR. Eine Prüfung würde Kosten und Aufwand für den Betrieb eines Restaurants in die Höhe treiben und so Innovation abwürgen. Auch Adrien Weber, Geschäftsführer von Turbinenbräu, der für Jungunternehmer diverse Gastrokon-

zepte entworfen hat, warnt: «Vielleicht wäre eine bessere Basis für manchen Unternehmer nicht schlecht. Ein obligatorisches Patent kann aber schnell zur Schikane werden.» Weber vermutet, dass die Kantone ein Steuerungsmittel gegen die Beizenflut suchen.

Kontrolleure sehen keine Notwendigkeit für ein Patent

Das Argument der mangelnden Lebensmittelhygiene bei Quereinsteigern stösst bei den Kontrolleuren selbst auf Unverständnis. Ferdinand W. Uehli, Chef der Lebensmittelkontrolle in Zürich, sagt: «Die Frage der Hygiene hat mit einem Fähigkeitsausweis nichts zu tun. Ob jemand sauber und hygienisch arbeitet, ist eher eine Typfrage.» Der Verbandspräsident der Kantonschemiker, Otmar Deflo-

rin, räumt ein, dass man in Kantonen ohne Wirtepatent Quereinsteigern ab und an etwas mehr erklären müsse. «Aber damit können wir leben, etwa indem neue Betriebe kurz nach Eröffnung kontrolliert werden.»

Manch ein Kritiker vermutet hinter den Regulierungsbestrebungen des Verbandes auch Geldmacherei. Zwar können Kurse von privaten Anbietern durchgeführt werden. Als Goldstandard gilt aber der Gastro-Suisse-Kurs, den auch Präsident Platzer empfiehlt. Platzer lässt diesen Vorwurf aber nicht gelten. Es ginge vor allem darum, die Qualität im Gastgewerbe sicherzustellen. Die Gebühren deckten nur Kosten und Investitionen. Nicht überall sind die Bestrebungen so weit gediehen wie in Solothurn oder in St. Gallen. In

Zürich bemüht sich SVP-Kantonsrat und Gastro-Zürich-Präsident Ernst Bachmann um politischen Rückhalt für eine «minimale Ausbildung» in den Bereichen Arbeitsrecht, Arbeitssicherheit, Lebensmittelrecht und Sozialversicherungen. Nach Gesprächen mit allen Fraktionen weiss er: «Es wird ein schwieriges Vorhaben.» In Zürich kann sich so mancher noch recht lebhaft an die Zeit vor der Liberalisierung erinnern, inklusive der illegalen Gastroszene. Turbinenbräu-Chef Weber denkt an spannende Beizen, die oft allerdings zu wenig Kühlschränke aufwiesen und das Bier um 4 Uhr morgens lauwarm servierten. «Es war eine coole Zeit, in die ich mich aber trotzdem nicht zurückwünsche.»

Mitarbeit: Karin Kofler
Kommentar — Seite 18